

Beschlüsse
der ordentlichen
Bundeskonferenz der Arbeits-
gemeinschaft SPD 60plus

vom 27. bis 28. Oktober 2022 in
Berlin

BESCHLÜSSE

Inhaltsverzeichnis

SPD 60 plus - L - Leitantrag

- 001 Altern im Sozialstaat - Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere auszubauen: 17

SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

SPD 60 plus - O001	Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD	26
SPD 60 plus - O002	Beitragsfreiheit	27
SPD 60 plus - O003	Vertretung aller Bundesländer im Bundesvorstand der AG 60plus	28
SPD 60 plus - O004	Gründung eines Arbeitskreises „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“	29

SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege	
SPD 60 plus - GP002	Ärztemangel 30
SPD 60 plus - GP003	Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten 31
SPD 60 plus - GP004	Förderung des Senior*innensports 32
SPD 60 plus - GP005	Grundversorgungspflicht der Kommunen 33
SPD 60 plus - GP006	Überarbeitung des Pandemieplanes 34
SPD 60 plus - GP007	Nachbesserung der ambulanten Pflegereform 35
SPD 60 plus - GP008	Förderung Pflegegenossenschaften 36

SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

SPD 60 plus - Kr001	Entwicklung einer EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung aus der Krankenvollversicherung	37
SPD 60 plus - Kr002	Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzgesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)	38

SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

SPD 60 plus - Soz001	Änderung des SGB XII	39
SPD 60 plus - Soz002	Antworten an Antragsteller im Sozialversicherungsrecht analog beim Krankenversicherungsrecht	40
SPD 60 plus - Soz005	Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen	41
SPD 60 plus - Soz007	Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten	42

SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

SPD 60 plus - R001	Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung der Berufs- und Personengruppen der DDR für entgangene Rentenleistungen	43
SPD 60 plus - R002	Arbeitskreis Erwerbstätigenversicherung	45
SPD 60 plus - R003	Umgestaltung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente	46

SPD 60 plus - D - Digitalisierung	
SPD 60 plus - D001 Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)	48
SPD 60 plus - D002 Ältere und Digitalisierung	49
SPD 60 plus - D003 Flächendeckend kostenfreies WLAN für Pflegeheimbewohner	50
SPD 60 plus - D004 Weitere Schritte zu digitaler Teilhabe	51
SPD 60 plus - D005 Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere	52
SPD 60 plus - D006 Digitale Kompetenz	53

SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

SPD 60 plus - Re001	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	54
SPD 60 plus - Re002	Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente	55
SPD 60 plus - Re003	Herstellung der Entscheidungsfreiheit des Menschen am Ende des Lebens	56
SPD 60 plus - Re004	Beweisumkehr finanzieller Mittel	57
SPD 60 plus - Re005	Unnötige Inhalts- und Zusatzstoffe	58

SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende	
SPD 60 plus - E001 Abrechnungssystem Ladesäulen	59
SPD 60 plus - E002 Landstromverpflichtung	60
SPD 60 plus - E003 Schnell-Ladesäulen	61
SPD 60 plus - E004 Windenergie effektiver nutzen	62
SPD 60 plus - E005 Sicherung der Energieversorgung	63

SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

SPD 60 plus - W001	Forderung nach ordnungspolitischen Maßnahmen	64
SPD 60 plus - W002	Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Energie und Wasser in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Gebietskörperschaften	65

SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

SPD 60 plus - V001	Um die Klimaschutzziele zu erreichen brauchen wir endlich die Verkehrswende	66
SPD 60 plus - V002	LKW Überholverbot	68
SPD 60 plus - V004	Tempolimit jetzt	69
SPD 60 plus - V005	Gefahrlose Querung von Straßen	70

SPD 60 plus - St - Steuerpolitik

SPD 60 plus - St003	Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigengenutztem Strom	71
------------------------	---	----

SPD 60 plus - A - Außenpolitik

SPD 60 plus - A001 Resolution zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

72

SPD 60 plus - UB - Umweltpolitik/Baupolitik

SPD 60 plus - UB001 Innenstädte für Folgen des Klimawandels umbauen

73

SPD 60 plus - S - Sonstige

SPD 60 plus - S001 Konzentration der Bundesministerien 74

SPD 60 plus - S002 Flächendeckendes 5G Netz 75

SPD 60 plus - I - Initiativanträge

SPD 60 plus - S 004	Verbot der Leistungseinstellung und Kündigung von Versorgungsverträgen durch Energieversorger	76
SPD 60 plus - S 005	Realisierung Wahlrechtsreform	77

Antrag 001: Altern im Sozialstaat - Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere auszubauen:

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Bundesvorstand
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - L - Leitantrag

1 Präambel

2 Die Alterspyramide ist schon lange keine Pyramide mehr, inzwischen gleicht die
3 Altersstruktur unserer Gesellschaft eher einem Baum mit einer relativ großen Krone.
4 Im Rahmen der Demographie werden die Entwicklung der Bevölkerung und ihre Strukturen
5 dargestellt. Wichtige Faktoren sind die Geburtenrate die Sterberate aber auch der
6 Wanderungssaldo. Immer wieder stößt die demographische Entwicklung plötzlich auf
7 Überraschung und die Frage: wie soll der dünne Stamm junger Leute die große Krone
8 alter Menschen finanzieren? Dabei gibt es in der Demographie nur selten wirkliche
9 Überraschungen, denn dass jemand, der vor 60 Jahren geboren wurde, heute 60 Jahre alt
10 ist, hätte man auch vor 60 Jahren schon bemerken können. Und dass mit der Einführung
11 der Antibabypille die Geburtenrate sinken würde, war auch nicht besonders
12 überraschend.

13 In keinem Antrag, keiner Stellungnahme zum Thema Seniorenpolitik oder Politik für die
14 über 60-jährigen, fehlt in der Einleitung der Hinweis auf die demographische
15 Entwicklung – auf die es nun plötzlich zu reagieren gilt, denn die „Babyboomer“ (hohe
16 Geburtenrate zwischen 1945 und 1965) scheiden aus dem Arbeitsleben aus und die
17 „Pillenkicker (steil abfallende Geburtenrate nach etwa 1965), müssen alles
18 finanzieren, erarbeiten.

19 Und schon ist der Gedanke demographisch eingemauert, weil die Anzahl von jungen und
20 alten Menschen nur wenig darüber aussagt, wie es einer Gesellschaft geht. Und gäbe es
21 nur ganz wenige ältere Menschen und ganz viele junge – wenn die Jungen in der aktiven
22 Berufsphase keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit haben, geht es ihnen selbst,
23 ihren Kindern und auch den Alten schlecht. Wenn aber die aktiv im Berufsleben
24 stehenden eine hohe Produktivität haben, etwa durch Bildung und Forschung,
25 Automatisierung, Digitalisierung, bessere Ernährung oder ein leistungsstarkes
26 Gesundheitssystem, ein effektiveres Verkehrssystem – aber auch weil die zuvor aktiv
27 arbeitende Generation eine gute Infrastruktur hinterlassen hat – können Wohlstand
28 bzw. Lebensstandard insgesamt steigen, obwohl die Pyramide fast auf dem Kopf steht.

29 Darüber wird nicht immer gern gesprochen, denn dann würde schnell deutlich, dass wir
30 kein Problem mit der demographischen Entwicklung, kein Problem zwischen Jung und Alt
31 haben, sondern zwischen Arm und Reich. Denn die Arbeitsergebnisse der aktuell aktiv

32 arbeitenden Altersgruppe werden nicht gleich, auch nicht fair, sondern extrem
33 ungleich verteilt, wie schon in der Vorgängergeneration – deshalb gibt es die
34 gravierenden Unterschiede bei den Einkommen und noch stärker bei den Vermögen. Und
35 die Vermögen hängen zu einem großen Teil von Erbschaften ab, bzw. von unserer „Kultur
36 des Erbens“.

37 Allerdings war dies auch schon zu Zeiten so, als die heutigen Rentnerinnen und
38 Rentner, Pensionärinnen und Pensionäre all das geschaffen haben, worauf heute
39 aufgebaut werden kann – im Guten, wie im Schlechten. Die enorme Wirtschaftskraft und
40 den heutigen Wohlstand verdanken wir den Nachkriegsgenerationen, denen ein zerstörtes
41 Land hinterlassen wurde. Eine enorme Aufbauleistung. Leider kam es aber statt eines
42 sozialökologischen Umbaus der Industriegesellschaft zur Klimakrise. Umwelt, Natur und
43 besonders fossile Ressourcen wurden kurzfristigen Gewinnen endgültig geopfert – die
44 Rettung von Umwelt und Natur erfordert deshalb heute umso größere Anstrengungen.

45 Für diese Überlegung gibt es nur in Friedenszeiten Raum. Langfristig auch nur bei
46 nachhaltiger Produktion und Lebensweise – andernfalls wird schließlich alles von
47 Krieg oder Umwelt- und Klimareparatur aufgeessen. Deshalb sind Arbeit und
48 Engagement der AG SPD 60 plus nicht auf die Lebenslagen älterer Menschen reduziert.
49 Im Gegenteil: die AG SPD 60 plus kümmert sich generationenübergreifend um unsere
50 Solidargemeinschaft bzw. um die Verstärkung von Solidarität in unserer Gemeinschaft.

51 Wenigstens in einem Lebensbereich spielt das Zahlenverhältnis von Jung und Alt oder
52 genauer: von Gesund und Krank oder Pflegebedürftig allerdings doch eine große Rolle:
53 in der Kranken und Altenpflege, weil sich so mancher Handgriff, Zuneigung, Streicheln
54 und so manches (therapeutische) Gespräch nicht vom Computer oder durch
55 Effizienzsteigerung ersetzen lässt.

56 Unsere Erfahrung lehrt uns, dass wir schon bisher kein Erkenntnisproblem hatten,
57 sondern ein Mehrheitsproblem. Viele vernunftbegabte Entscheidungen, die rechtzeitig
58 möglich gewesen wären, wurden von jenen blockiert, die stets nur auf den schnellen
59 Euro, den nächsten Bilanzstichtag, den Börsenkurs oder ihre parteiliche Klientel
60 schauen. Dies gilt im Parlament wie außerhalb des Parlaments. Dies galt in der
61 Vergangenheit und es gilt oft noch heute.

62 Die Alterspyramide hat aber nicht nur ihre Form verändert, auch die Zahlen bzw.
63 Altersangaben müssen wir anders interpretieren – das Altersbild hat sich gravierend
64 geändert, verbessert: Ein Alter von 60 Jahren (unserer Eltern) war vor einem halben
65 Jahrhundert etwas Anderes als es ein Alter von 60 Jahre heute im Jahr 2022 ist. Die
66 Lebenserwartung war deutlich kürzer, die Gesundheit stärker unter Druck, Mobilität
67 und Aktivität im Vergleich zu heute deutlich reduziert – nach dem Ausscheiden aus dem
68 Berufsleben, lebten wir früher nur wenige Jahre, heute im Durchschnitt bald noch 20
69 Jahre.

70 Und so erklärt es sich, dass die AG SPD 60 plus sich neben den Themen, die sich fast
71 von selbst verstehen, wie Pflege, Überwindung der Einsamkeit im Alter, ethische
72 Fragen am Lebensende, Bildung, speziell digitale Bildungsangebote zum Erwerb
73 digitaler Kompetenzen und der Zugang zum Internet und Altersversorgung für ein Leben
74 in Würde, auch um Friedenspolitik, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, Forschung und

75 Lehre, Kulturpolitik und insbesondere um Sozial und Gesundheitspolitik kümmert. Dabei
76 spielt die Altersvorsorge, Rente oder Pension, eine besondere Rolle. Auch wenn Rente
77 und Pension nach dem Berufsleben wichtig sind – eigentlich handelt es sich um ein
78 Thema der Jusos. Denn in „jungen Jahren“ – der Arbeitsphase – entscheidet es sich,
79 welche Ansprüche für den Lebensstandard im Alter existieren. Der materielle Wert
80 diese Ansprüche im Alter hängt dann natürlich wieder ab vom Arbeitsergebnis und
81 seiner gesellschaftlichen Verteilung der dann aktiv arbeitenden Generation.

82 Das ist einer der Gründe, warum uns starke Gewerkschaften wichtig sind – schwache
83 Gewerkschaften bedeuten niedrige Löhne, prekäre Beschäftigung, schlechtere soziale
84 Absicherung, ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen und schließlich
85 niedrige Renten, wenn nicht sogar Altersarmut.

86 Aus den gleichen Gründen ist uns ein starker Staat wichtig – ein schwacher Staat
87 überlässt gemeinwirtschaftliche Aufgaben und Aufgaben der sozialen Sicherheit wie der
88 Gesundheitsversorgung allzu gern den Marktkräften. Im Markt ist jeder frei, sich für
89 oder gegen etwas zu entscheiden. Was zu teuer ist oder was nicht gefällt, wird nicht
90 gekauft oder der Kauf wird verschoben. Aber beispielsweise Wohnen lässt sich nicht
91 gut auf nächstes Jahr verschieben, Wassertrinken ebenso wenig und eine Krankheit will
92 behandelt werden, weil auch sie sich nicht einfach auf später verschieben lässt oder
93 auf einen Zeitpunkt, in dem man sich die Krankheit wieder leisten kann.

94

Antrag

95 Altern im Sozialstaat

96 Die AG SPD 60 plus arbeitet für eine gute Zukunft, also auch für die Rentnerinnen und
97 Rentner von morgen und fordert die Leistungen des Sozialstaates für Ältere
98 auszubauen:

99 • Das Alterseinkommen muss ein Leben in Würde ermöglichen, ohne den Zwang länger als
100 gesetzlich vorgesehen arbeiten zu müssen.

101 • Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung in der Gesetzlichen Rentenversicherung
102 (GRV), an der sich alle beteiligen.

103 • Das Gesundheitssystem unter Einschluss von Prävention und Rehabilitation und
104 ausreichenden Krankenhauskapazitäten und ärztlicher Versorgung – auch in dünner
105 besiedelten (ländlichen) Landesteilen – muss stärker ausgebaut werden.

106 • Langfristig wollen wir als Finanzierungsbasis eine Bürgerversicherung in der
107 Gesetzlichen Krankenversicherung.

108 • Die Pflegeversicherung soll zu einer Pflegevollversicherung weiterentwickelt werden
109 – damit stabilisieren wir auch die – durch das Tariftreue-Gesetz (1. September 2022)
110 – erreichte Tarifentlohnung in der Pflege.

111 • Die Qualität der Pflege und die Anwendung notwendiger technischer Hilfsmittel
112 –Assistenzlösungen zur Unterstützung des Alltags für ein selbstbestimmtes Leben,
113 auch Ambient Assisted Living (AAL, oder Active Assisted Living) genannt – dürfen
114 nicht vom Geldbeutel der zu Pflegenden abhängen.

115 Altern im Rechtsstaat

116 Zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung fordern wir:

117 Gesundheitsleistungen für ältere Menschen dürfen ab einem bestimmten Alter nicht
118 eingeschränkt werden.

119 • Regelungen zur Gleichbehandlung Älterer in der Krankenversicherung, bei Finanz- und
120 sonstigen Versicherungsdienstleistungen, dies gilt insbesondere für die Kreditvergabe
121 im Alter

122 • Die Aufhebung der Altersgrenze für das Schöffenamtsamt. (nach § 33
123 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), dürfen Personen, die „das siebzigste Lebensjahr
124 vollendet haben ...“, nicht zum Amt eines Schöffen berufen werden.)

125 • eine Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um den
126 Diskriminierungen älterer Menschen bei privatrechtlichen Geschäften, Ehrenämtern und
127 politischen Funktionen zu begegnen.

128 Altern im Cyberstaat

129 Um auch im digitalen Raum Barrieren abzubauen, fordern wir:

130 • in Analogie zur ambulanten Pflege, aufsuchende Beratung und Fortbildung für ältere
131 Menschen zur Erschließung der digitalen Welt und damit eine Verbreiterung
132 gesellschaftlicher Teilhabe, der Begegnung von Vereinsamung, der positiven
133 Beeinflussung der Gesundheit und der Steigerung der Lebensfreude

134 • für Pflege- und Altenheime funktionierende Internetverbindungen und Beauftragte,
135 die sowohl Pflegekräfte als auch Bewohnerinnen und Bewohner bei der Anwendung
136 digitaler Technologien unterstützen

137 • die finanzielle Förderung der Hardware, Software und Internetzugänge für
138 einkommensschwache Haushalte

139 • den Ausbau des Netzes von digital unterstützten Notrufeinrichtungen z.B. in
140 öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln weiter auszubauen

141 • die Sicherstellung der Gleichzeitigkeit von digitalem und analogem Zugang zu
142 öffentlichen Dienstleistungen, aber auch zu privat angebotenen Leistungen,
143 beispielsweise Versicherungsleistungen.

144 Ruhestand braucht Bewegung

145 Wenn sich viele Leute nicht oder nicht gut im Dorf oder in der Stadt, oder über Land
146 bewegen können, kommt wenig Besuch, aber viel Einsamkeit in die Wohnung. Die
147 selbstbestimmte Teilhabe am kulturellen Leben, die Familienkontakte, auch der
148 intergenerationelle Austausch – das Gespräch mit den Enkeln – bleiben auf der
149 Strecke. Erfahrungswissen geht verloren.

150 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus:

151 • den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs mit Blick auf

152 Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse älterer Menschen

153 • einen erträglichen Takt (Wartezeiten von einer Stunde sind nicht erträglich) und
154 Fahrpreise, die ältere Menschen mit geringen Einkommen nicht ausgrenzen, etwa ein
155 Ticket zum Preis von einem Euro pro Tag für Ältere, Studierende, Auszubildende...

156 • altersgerechte Lösungen in der Verkehrsplanung und der baulichen Realisierung von
157 verkehrlichen Einrichtungen (die sind auch familiengerecht, behindertengerecht, ...) –
158 etwa die Dichte und Verteilung von Haltestellen oder auch „kleinere“ Anforderungen,

159 wie Fahrkartenautomaten, deren Tastatur, deren Monitor, und deren Programmlogik
160 seniorengerecht sind und deren Monitore sogar bei Sonnenschein lesbar sind.

161 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf

162 Ja: – Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf – aber wenigstens muss man sich die
163 Wohnung leisten können. In einer Zeit, in der die Mieten explodieren, weil in vielen
164 Städten der Wohnraum extrem knapp wird, weil Wohnraum plötzlich zur Ferienwohnung
165 wird, in einer Zeit, in der Wohnraum nicht barrierearm ist, weil der altersgerechte
166 Wohnungsneubau und Umbau nicht mehr zu bezahlen ist, in einer Zeit, in der die
167 Versorgung mit bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum in einem lebenswerten
168 Wohnumfeld für viele (auch Ältere) gefährdet ist.

169 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus nicht nur in einer solchen Zeit:

- 170 • einen gesetzlich geregelten Mietstopp, um den Mieterinnen und Mietern in
- 171 angespannten Wohnungsmärkten eine Atempause zu geben,
- 172 • die Beschränkung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie
- 173 Eigenbedarfskündigungen, um Missbrauch und Verdrängung zu verhindern,
- 174 • die Schaffung von mehr Sozialwohnungen – insbesondere in der Hand gemeinnütziger
- 175 Gesellschaften in öffentlicher Hand oder Genossenschaften, um mit einer gewissen
- 176 Marktmacht das Mietniveau zu senken,
- 177 • die verstärkte Förderung von altersgerechtem (und damit mindestens barrierearm oder
- 178 behindertengerecht) Wohnungsumbau,
- 179 • die Einrichtung eines zentralen Immobilienregister zur Förderung der Transparenz
- 180 auf dem Wohnungsmarkt,
- 181 • die Scharfstellung des „Mietwucher-Paragrafen“ (§5 Wirtschaftsstrafgesetz,
- 182 „Mietpreisüberhöhung“, Miete mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen
- 183 Vergleichsmiete),
- 184 • die Anhebung der Förderung von gemeinschaftlichen Wohnformen –
- 185 Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften, genossenschaftliches und betreutes
- 186 Wohnen.

187 Immer wieder der Einzeltrick. Mit zunehmendem Alter steigt oft das
188 Sicherheitsbedürfnis – auch weil ältere Menschen, so häufig in den Medien berichtet,
189 Opfer altersspezifischer Straftaten werden.

190 Altern in Sicherheit

191 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb:

- 192 • den Aufbau oder den Ausbau polizeilicher Beratungsstellen und gezielte
- 193 Präventionsprogramme zum Schutz der Älteren
- 194 • ein Aufklärungsinitiative zum Schutz vor Internet-Kriminalität (z. B.
- 195 Identitätsdiebstahl, Bots-Mails, ...)
- 196 • bei der anstehenden Reform des Betreuungsrechts, insbesondere im Bereich der
- 197 Vermögenssorge, Prävention und strafrechtliche Verfolgung von Vermögensdelikten in
- 198 Betreuungsverhältnissen, wirksam zu regeln.

199 Wir schließen uns der Forderung des DGB nach einer Verbesserung des
200 Verbraucherschutzes und der Verbraucherschutzberatung an und fordern Bundestag die
201 Bundesregierung auf:

- 202 • die „zum Schutz der Verbraucher*innen notwendigen Rechtsnormen in verschiedenen
203 Gesetzen in einem Verbraucherschutzgesetz zusammenzufassen und verständlich zu
204 kommentieren und dabei die Interessen älterer Menschen angemessen zu
205 berücksichtigen.“
- 206 Bildung für lebenslanges Altern
- 207 Politische und kulturelle Bildung, lebenslanges Lernen, also Lernen/Bildung und
208 Bildungsangebote auch für Ältere als notwendige Voraussetzung gleichberechtigter
209 Teilhabe gehören als Standardrepertoire in jede Grundsatzrede – und doch finden wir
210 im Nationalen Bildungsbericht 2022 den Bildungsbegriff auf Bildung von Menschen im
211 erwerbsfähigen Alter reduziert. Und trotz nicht zu unterschätzender Anstrengungen,
212 etwa der Volkshochschulen, Migrantinnen und Migranten in deutscher Sprache zu
213 unterrichten, fehlen Strukturen, die Sprachbarrieren im Zusammenhang von Migration,
214 systematisch, schnell genug und dauerhaft abbauen. Für ältere Migrantinnen und
215 Migranten wäre ein solches Angebot besonders wichtig. Aber auch mit Blick auf die
216 Arbeitsmigration – Pflege, Gesundheitsdienste, Handwerk, Dienstleistung und
217 Digitalisierung – müssen die Strukturen zur Sprachvermittlung verbessert werden.
- 218 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb
- 219 • Gesundheitsleistungen ab einem bestimmten Alter sind nicht einzuschränken. In
220 Deutschland wird z. B. das Mammographie-Screening nur bis zum Ende des 70. Lebensjahr
221 gezahlt.
- 222 • in der Nationalen Bildungsberichterstattung im Rahmen einer systematischen
223 Gesamtbetrachtung des Bildungssystems auch die Bildung im Alter mitaufzunehmen,
224 • die in Folge der Nationalen Bildungsberichterstattung gewonnenen Erkenntnisse in
225 praktische Gesetzgebung und schließlich konkrete Angebote (in Städten und Gemeinden)
226 umzusetzen, also
- 227 • Bildungsangeboten an Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen, auch
228 beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern altersgerecht auszubauen,
229 • Bildungseinrichtungen zu nutzen oder zu schaffen, die sich speziell in der
230 sprachlichen Integration von Migrantinnen und Migranten engagieren.
- 231 Mitmischen im Alter
- 232 Spätesten seit dem 6. Altenbericht der Bundesregierung wissen wir, dass die „aktuell
233 vorherrschende Altersbilder (vielfach) noch auf der Wahrnehmung früherer
234 Generationen“ beruhen. Auch weil sich unser Selbstwertgefühl oft sehr stark über
235 Arbeit definiert, werden Ruheständler häufig (unausgesprochen) als Belastungsfaktor
236 gesehen – Gesundheitskosten, Pflegekosten, Renten, Pensionen. Wie lange diese
237 „Alterskohorte“ der über 60-jährigen noch sehr aktiv ist, wie dynamisch sie ist im
238 Ehrenamt, in der Kultur, in der Politik, in der häuslichen Pflege und der
239 Kinderbetreuung, wird oft nicht gesehen.
- 240 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb:
- 241 • die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren zu verbessern
242 bzw. zu erleichtern – ein Instrument ist die bessere rechtliche Sicherung der
243 Stellung der Seniorenräte,
244 • die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in kommunalen politischen Gremien zu

245 verbessern und dies landesgesetzlich einheitlich zu definieren,
246 • als bundeseinheitlichen Rahmen ein Seniorenbeteiligungsgesetz mit einem
247 Rechtsanspruch auf Beteiligung zu unterlegen, denn in keiner Sonntagsrede fehlt
248 bisher die Forderung nach „Partizipation“,
249 • die Unterstützung von Engagement, sozialer Sicherung, Alltagshilfen, ..., durch ein
250 Altenhilfestrukturgesetz zu konkretisieren. Das wäre die Vorbereitung einer
251 zukunftsfähigen Altenhilfestruktur, um schließlich dem Anspruch „gleiche
252 Lebensverhältnisse“ in Stadt und Land und überall Rechnung zu tragen.

253 Besteuerungsverfahren vereinfachen
254 Einkommenssteigerungen, beispielsweise hinzugekommene Hinterbliebenenrenten, können
255 das Einkommen verbessern und die Steuerpflicht auslösen. Auch aufgrund des seit 2005
256 begonnenen Übergangs von der vorgelagerten zur nachgelagerten Besteuerung, erhöht
257 sich die Anzahl der steuerpflichtigen Rentnerinnen und Rentner von Jahr zu Jahr. In
258 2022 sind etwa ein Drittel von 21,8 Millionen Rentnerinnen und Rentnern
259 steuerpflichtig. Steuerpflicht gilt, wenn der steuerpflichtige Teil der
260 Jahresbruttorente den Grundfreibetrag von 10.347 Euro pro Jahr (2022 für
261 Alleinstehende) übersteigt. Für Verheiratete gilt der doppelte Betrag. Nicht selten
262 müssen dann ältere Menschen erstmals nach dem Arbeitsleben wieder eine
263 Steuererklärung abgeben.

264 Die AG SPD 60 plus fordert deshalb
265 • Die Möglichkeit zu prüfen, dass die Rentenversicherungsträger – in Analogie zum
266 Arbeitgeber, der die Steuer des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin an das
267 Finanzamt abführt – die Steuer direkt an das Finanzamt abführen.

268 Altern in Europa
269 Alle wichtigen auf die ältere Generation bezogenen Themen und Forderungen, die sich
270 auf der politischen Tagesordnung Deutschlands finden, finden sich auch in der
271 Europäischen Union: Gesundheit, Pflege, Wohnen und Mobilität, Einsamkeit, Angst vor
272 Kriminalität und Rechtsextremismus, Diskriminierung (auch durch Ausgrenzung bei
273 Kredit- oder Versicherungsgeschäften), Ausgrenzung und kultureller und materieller
274 Verarmung.

275 Das zeigt sich auch in dem Anfang 2021 veröffentlichten Grünbuch der Europäischen
276 Kommission zum Thema Altern. Auch die ESO (European Senior Organisation) – PES-
277 Seniors (Party of European Socialists) hat an der Konsultation mitgewirkt, und als
278 ESO-Mitgliedsorganisation war die AG SPD 60 plus an der inhaltlichen Gestaltung des
279 ESO-Beitrags beteiligt.

280 Nach dieser guten Vorarbeit ist es unverständlich und für eine große Alterskohorte
281 der über Sechzigjährigem sehr enttäuschend, dass die Europäische Kommission keine
282 Folgemaßnahmen zu diesem Grünbuch vorsieht – und sogar darauf verzichten will, eine
283 globale Strategie für das Altern in einem Weißbuch über das Thema Altern zu
284 entwickeln.

285 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus von unserer Regierung
286 • die Kommission aufzufordern, als Folgemaßnahme zu ihrem Grünbuch und den Beiträgen

287 der Zivilgesellschaft, ein Weißbuch zum Thema Altern auszuarbeiten.

288 Unsere Anforderungen an ein Weißbuch sind hoch, wenige Beispiele:

289 • Altersarmut – Bekämpfung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, auch unter
290 den Senioren. In diesem Zusammenhang schlagen wir unter anderem einen europäischen
291 Rahmen für eine Mindestrente oder ein Mindesteinkommen vor, aber auch die
292 automatische Zuweisung von Rechten. Wir bitten auch um besondere Aufmerksamkeit für
293 das genderspezifische Lohn- und Rentengefälle.

294 • Sicherung der Rentenfinanzierung durch einen europäischen Beitrag zu einem
295 gerechten Steuersystem, durch eine soziale Neu-Orientierung der europäischen
296 Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.

297 • Investitionen in Einrichtungen wie altersgerechtes Wohnen, maßgeschneiderte Pflege,
298 Gesundheitsversorgung, Dienstleistungen und dies im Kontext „altersfreundlicher
299 Gemeinden und Städte“, wie im entsprechenden WHO-Programm beschrieben.

300 • Verpflichtung zur hinreichend langen Aufrechterhaltung analoger Dienste – die
301 zunehmende Digitalisierung von Dienstleistungen darf nicht zur Ausgrenzung von
302 Senioren führen.

303 • Die Ausarbeitung einer europäischen Strategie für die Gleichstellung des Alters
304 oder eines Aktionsprogramms gegen Altersdiskriminierung und für Solidarität zwischen
305 den Generationen, die politische Optionen aufzeigen, U.a. um eine gleichberechtigte
306 Teilhabe an der Gesellschaft für alle Altersgruppen zu erreichen, den
307 gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Dienstleistungen zu fördern, das Recht auf
308 ein angemessenes Einkommen und Förderung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung und
309 Pflege.

310 • Eine Richtlinie zur Altersdiskriminierung sollte hier ein rechtsverbindliches
311 Mittel bieten. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen in der Covid-19-Pandemie
312 fordern wir die Einrichtung von Überwachungsinstrumenten durch die Union und die
313 Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Grundrechte für ältere Menschen.

314 Seniorenrechte im Grundgesetz und bei der UNO

315 Artikel I im Grundgesetz – und alles ist gesagt: „Die Würde des Menschen ist
316 unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen
317 Gewalt.“

318 Deshalb fordert die AG SPD 60 plus:

319 • auch die Rechte von Seniorinnen und Senioren in Art. 3 Grundgesetz, also neben
320 Geschlecht, Abstammung, Glauben, ... auch „Alter“ aufzunehmen, um Menschen vor
321 Altersdiskriminierung zu schützen und Benachteiligung aufgrund eines bestimmten
322 Alters zu vermeiden.

323 Wir fordern außerdem

324 • ein Bekenntnis des Bundestages und der Bundesregierung zur Forderung einer UN-
325 Altenrechtskonvention.

326 Im Generationenvertrag ist geregelt, dass diejenigen, die im Berufsleben stehen, die
327 Generation unterstützt, die sich im Ruhestand befindet. Leider werden immer weniger

328 Kinder geboren. Unser Land braucht dringend eine familienfördernde Politik, die
329 Familie und Arbeit besser verbindet. Kinder dürfen kein Armutsrisiko darstellen und
330 eine gute Schulausbildung ist das beste Kapital auf dem Lebensweg.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Arbeitspapier für den Bundesvorstand

SPE-Fraktion

Antrag SPD 60 plus - 0001: Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	überwiesen an den SPD 60 plus Bundesvorstand
Antragskommission:	Überweisung an den SPD 60 plus Bundesvorstand
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Die SPD 60plus Bundeskonferenz fordert den Parteivorstand auf, die Richtlinien für
- 2 die Arbeitsgemeinschaften im Punkt 4. Organe, zu überarbeiten und im Unterpunkt b)
- 3 Länderrat/Bundesausschuss neu zu formulieren.
- 4 Der hier genannte Länderrat bzw. Bundesausschuss tagt 2 mal jährlich um die Arbeit
- 5 des Bundesvorstandes aus Sicht der Länder zu unterstützen. und Bezirken gewählten
- 6 Vertreter*innen soll ausschließlich die genannten Aufgaben durchführen. Die Punkte
- 7 aa), bb) und cc) sind entsprechend zu ändern.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - O002: Beitragsfreiheit

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hannover
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Langjährige Mitglieder können auf Wunsch aus wirtschaftlichen Gründen von dem
- 2 zuständigen Ortsvereinsvorstand Beitragsfrei gestellt werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

Antrag SPD 60 plus - 0003: Vertretung aller Bundesländer im Bundesvorstand der AG 60plus

Antragsteller*in:	60plus Landesorganisation Hamburg
Status:	überwiesen an den SPD 60 plus Bundesvorstand
Antragskommission:	Überweisung an den SPD 60 plus Bundesvorstand
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Der Parteivorstand wird aufgefordert, die „Grundsätze und Richtlinie für die
- 2 Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD gemäß § 10 des Organisationsstatuts
- 3 der SPD“ bezüglich der Regelungen über den Bundesvorstand der AG 60plus in Ziffer I.
- 4 4. c) aa) Satz I dahingehend abzuändern, dass unter angemessener Vergrößerung der
- 5 maximalen Zahl der Mitglieder des Bundesvorstands ein Platz für jedes Bundesland im
- 6 Bundesvorstand vorgesehen wird.

Antrag SPD 60 plus - O004: Gründung eines Arbeitskreises „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“

Antragsteller*in:	Unterbezirk Velbert
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - O - Organisationspolitik

- 1 Der Bundesvorstand (BuVo) der AG SPD 60 plus wird aufgefordert, einen Arbeitskreis
2 „Generationengerechtigkeit in der Klimakrise“ zu initiieren.
3 Dieser AK soll bundesweit, unabhängig von Regionen, hierarchischen Strukturen und
4 inhaltlichen Vorgaben auf Basis der sozialdemokratischen Programmatik allen
5 Mitgliedern der AG SPD 60 plus zur Mitarbeit offenstehen.
6 Der BuVo soll zeitnah zur Initiierung des AK ein dreiköpfiges vorläufiges
7 Koordinationsteam benennen, das die Arbeitsgrundsätze vorschlägt. Nach Zustimmung des
8 Bundesvorstandes zu den Arbeitsgrundsätzen soll der BuVo das vorläufige
9 Koordinationsteam bei der Einladung zur Gründungssitzung des AK unterstützen.
10 In den Arbeitsgrundsätzen ist folgendes zu berücksichtigen:
11 • Der Arbeitskreis dient den „Klimainteressierten“ unserer AG als Plattform zur
12 Information, zur Diskussion und um Ergebnisse zusammen zu erarbeiten.
13 • Die Arbeitsweise ist digital. Bei entsprechenden technischen Möglichkeiten sind
14 hybride Sitzungen (Präsenz und Online) wünschenswert.
15 • Der AK benötigt im Wesentlichen nur eine Unterstützung für die digitale
16 Arbeitsumgebung (Cloud, Videokonferenztool etc.).
17 • Wie alle vom BuVo eingerichteten AKs erhält der AK Antrags- und Redeberechtigung
18 auf dem Bundeskongress der AG SPD 60 plus.
19 • Der AK soll nicht als „abgehobenes Expertenteam“ wirken, sondern soll die AG-
20 Mitglieder mit aktuellen und generellen Themen des Klimawandels auf ihrer Ebene
21 abholen, mit Informationen versorgen und die politische Diskussion auf den
22 verschiedenen Ebenen initiieren und unterstützen.

Empfänger*in(nen):

SPD 60 plus Bundesvorstand

Antrag SPD 60 plus - GP002: Ärztemangel

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 I. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür
- 2 einzusetzen, dass die Versorgung durch Hausärzt*innen, vor allem im ländlichen
- 3 Bereich, aber auch in den touristischen Hochburgen, durch geeignete Anreize gesichert
- 4 werden kann. Hierfür sind bundesgesetzliche Voraussetzungen zu schaffen.
- 5 Die gleiche Forderung gilt für die Versorgung durch Fachärzt*innen aller
- 6 Fachbereiche.
- 7 Grundlage für eine ausreichende Versorgung kann nicht der von den Kassenärztlichen
- 8 Vereinigungen festgelegte Schlüssel bezogen auf die Einwohner*innenzahl sein, sondern
- 9 hier sind die touristischen Übernachtungszahlen unbedingt mit einzubeziehen.
- 10 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für den Erhalt von Standorten
- 11 für Haus- und Fachärzt*innen in ländlichen Regionen einzusetzen und dafür ein
- 12 bundeseinheitliches Gesetz zu schaffen. Neue Zulassungen sollen künftig für
- 13 bestehende, oder in unmittelbarer Nähe befindliche, Standorte vergeben werden.
- 14 3. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich intensiv und zeitnah dafür
- 15 einzusetzen, dass
- 16 a) ein Transparenzregister zu den Investments in Arztpraxen und in Medizinische
- 17 Versorgungseinrichtungen geschaffen wird,
- 18 b) die Möglichkeiten derartiger Investments gestoppt, zumindest begrenzt und
- 19 durch staatliche Vorgaben gesteuert werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - GP003: Lesbarkeit der Beipackzettel von Medikamenten

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert durch eine gesetzliche Regelung
- 2 sicherzustellen, dass die Beipackzettel von Medikamenten durch die Pharmaindustrie in
- 3 einer „allgemeinverständlichen Sprache“ für den Durchschnittspatient*innen, verfasst
- 4 und durch ein größeres Druckbild besser lesbar gemacht werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - GP004: Förderung des Senior*innensports

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Ein Fonds zur Förderung speziell des Senior*innensports für Initiativen und
- 2 Einrichtungen soll geschaffen werden.
- 3 Gefördert werden sollen:
 - 4 1. Ein erweitertes Bewegungsangebot, der Erwerb von neuen Sportgeräten und der Ausbau
 - 5 von Trainingsmöglichkeiten, bzw. die Anmietung von Sportstätten.
 - 6 2. Gefördert werden sollen Initiativen, die generationsübergreifende Projekte mit
 - 7 Schulen oder Vereinen anbieten. Ziel dabei soll neben dem Gesundheitsaspekt durch
 - 8 Bewegung auch die Kommunikation zwischen den verschiedenen Generationen sein.
 - 9 3. Gefördert werden soll die Akquirierung und Ausbildung von Anleiter*innen für den
 - 10 Senioren*innensport, die kostenfreie und öffentliche Angebote in kleinen Orten
 - 11 vorhalten, in denen Sportverein und Initiativen schwer erreichbar sind.

Empfänger*in(nen):

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - GP005: Grundversorgungspflicht der Kommunen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die Grundversorgung mit Alten- und Pflegeheimen darf nicht zum Geschäftsmodell
- 2 marktwirtschaftlicher Renditeobjekte werden, sondern ähnlich wie bei
- 3 Kindertagesstätten zu einer Grundversorgungsverpflichtung der Kommunen, die mit
- 4 öffentlichen Mitteln auskömmlich finanziell ausgestattet werden müssen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - GP006: Überarbeitung des Pandemieplanes

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Es muss eine Überarbeitung des nationalen Pandemieplanes mit dem Ziel erfolgen, die
- 2 Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Corona-Pandemie einfließen zu lassen, um
- 3 zukünftige Pandemien besser begegnen zu können.

- 4 Folgende Punkte sollen dabei beachtet werden:
- 5 1. Die Herstellung von medizinischen Produkten muss innerhalb Deutschlands sowie in
- 6 Europa erfolgen.
- 7 2. Es muss eine strukturierte Vorratsplanung innerhalb Deutschland sowie in Europa
- 8 umgesetzt werden.
- 9 3. Es muss eine personelle Ausstattung im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sowie in
- 10 den Krankenhäusern erreicht werden, die einer erneuten Pandemie entsprechend begegnen
- 11 kann.
- 12 4. Die Digitalisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss konsequent umgesetzt
- 13 werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPE-Fraktion

Antrag SPD 60 plus - GP007: Nachbesserung der ambulanten Pflegereform

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Die verabschiedeten Änderungen zur Pflegereform im Bereich der ambulanten Pflege
- 2 müssen nachgebessert werden, u.a. sollen folgende Punkte eingefügt werden:
 - 3 1. Die Begrenzung der Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwänden in der
 - 4 ambulanten Pflege durch einen prozentualen Leistungszuschlag gestaffelt nach der
 - 5 Dauer der Pflege ab dem 1.1.2022 analog zur stationären Pflege.
 - 6 2. Der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften im ambulanten Bereich soll voll
 - 7 bezahlt werden und zwar mindesten zum Mindestlohn und wird über die Pflegekassen
 - 8 abgerechnet.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - GP008: Förderung Pflegegenossenschaften

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - GP - Gesundheitspolitik/Pflege

- 1 Genossenschaften, die eine Pflegeeinrichtung mit öffentlichen Geldern /
- 2 Förderprogrammen erstellen, sollen zur Finanzierung der Pflegegenossenschaft bis zu
- 3 85% als Darlehen bekommen, die bei der Investitionskostenberechnung nicht von den
- 4 Bewohner*innen über die selbst zu tragenden Pflegekosten zu bezahlen sind.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Kr001: Entwicklung einer EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung aus der Krankenvollversicherung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

- 1 Die SPD wird aufgefordert, eine EXIT-Strategie für die private Krankenversicherung
- 2 aus dem Krankenversicherungsvollgeschäft zu entwickeln. Ziel ist es, die Entwicklung
- 3 einer „Bürger*innenversicherung“ voranzubringen und die Krankenversicherung in diesem
- 4 Sinne weiterzuentwickeln, auch wenn dies kein aktuelles politisches Vorhaben der
- 5 neuen Bundesregierung ist. Dabei wird der Einfluss der Digitalisierung auf die
- 6 zukünftige Entwicklung der Krankenkassen genutzt.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - Kr002: Abschaffung der Beitragsbemessungs- und Pflichtgrenze in der gesetzgesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV)

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Kr - Krankenversicherung

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand werden aufgefordert bei einer
- 2 Gesundheitsreform die Abschaffung der Beitragsbemessungs-/ und Pflichtgrenze der GKV
- 3 und GPV zu berücksichtigen.
- 4 In einem ersten Schritt ist die Versicherungspflichtgrenze in der GKV und GPV, nach
- 5 der Arbeitnehmer*innen diesen Versicherungen angehören müssen, auf die entsprechende
- 6 Höhe der Gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben und deren Definition zu
- 7 übernehmen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - Soz001: Änderung des SGB XII

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass der
- 2 Barbetrag für Altenheimbewohner*innen von derzeit monatlich in Höhe von 150,00 €
- 3 (5,00 € je Tag) auf 240,00€ (8,00 je Tag) erhöht und zukünftig alle 5 Jahre
- 4 inflationsbereinigt angepasst wird.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Soz002: Antworten an Antragsteller im Sozialversicherungsrecht analog beim Krankenversicherungsrecht

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Der Gesetzgeber wird beauftragt, ein Gesetz zu beschließen, dass bei den Zweigen der
- 2 Sozialversicherung eine Antwort auf Leistungsanträge innerhalb von 3 Wochen bzw. 5
- 3 Wochen bei Einholung eines Gutachtens erfolgen muss.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Soz005: Abschaffung der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen muss abgeschafft
2 werden.
- 3 In den letzten Jahrzehnten ist das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung
4 schrittweise abgesunken. Im Laufe dieser Zeit habe viele Berufstätige selbst
5 zusätzlich Vorsorge getroffen. Doch für viele, die schon vor Jahrzehnten in eine
6 Betriebsrente oder in eine betriebliche Lebensversicherung eingezahlt haben, kommt
7 mit dem Renteneintritt eine böse Überraschung. Bis 2003 waren die Auszahlungen
8 beitragsfrei und die Betriebsrenten nur mit dem Arbeitnehmeranteil beitragspflichtig.
9 Seit 2004 werden auf die Auszahlungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag
10 fällig. Das führt für die davon betroffenen zu Einbußen von über 20 Prozent.
11 Hauptsächlich Direktversicherungen, die vor der Einführung der Doppelverbeitragung
12 abgeschlossen wurde, sind davon betroffen.
- 13 Die Doppelverbeitragung bei Direktversicherungen wurde mit dem Gesetz zur
14 Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen eingeführt. Dieses Gesetz war
15 ein Zustimmungsgesetz zwischen der damaligen Bundesregierung (SPD-Grüne) und dem
16 Bundesrat. Da nicht eine Abschaffung im Koalitionsvertrag steht, besteht die Sorge,
17 es könnte weiter bei der Doppelverbeitragung bleiben. Im Koalitionsvertrag steht,
18 dass die betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden soll. Das würde u.a. erreicht,
19 wenn die Doppelverbeitragung abgeschafft würde.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Soz007: Kleine Einkommen und Renten noch stärker von der Preisexplosion entlasten

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	überwiesen an 60 plus Buvo als Material (inkl. Soz004 und Soz006)
Antragskommission:	Überweisung an 60 plus Buvo als Material (inkl. Soz004 und Soz006)
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Soz - Sozialpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus begrüßt die von dem Bundesparteivorsitzenden
2 angeregte Zielstellung, die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten für kleine
3 Einkommen, kleine Renten und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger*innen,
4 Auszubildende und Studierende mit weiteren Maßnahmen spürbar zu entlasten.
5 Wir fordern, dass Rentner*innen, Studierenden, Auszubildenden, Soloselbständige mit
6 bis zu 5 Angestellten und Erwerbslosen die Energiekostenpauschale von 300 Euro
7 ebenfalls und möglichst rasch ausgezahlt wird! Für kleine Einkommen, kleine Renten
8 und Pensionen sowie für Grundsicherungsempfänger, Auszubildende und Studierende soll
9 zudem ein ergänzender Energiekostenentlastungsbetrag auf den Weg gebracht werden, der
10 zudem eine zusätzliche Entlastungskomponente für Kinder enthält.
11 Zur Finanzierung sollen im Gegenzug Übergewinne und hier insbesondere spekulative
12 kriegsbedingte Gewinne, wie sie derzeit bei den Mineralölkonzernen und
13 Energieversorgern erzielt werden, bis zu 100 Prozent besteuert werden. Deren
14 entstehende Kosten sind nicht auf die Verbraucher*innen abzuwälzen.
15 In gleicher Weise sollte bei der Rüstungsindustrie verfahren werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - R001: Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung der Berufs- und Personengruppen der DDR für entgangene Rentenleistungen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Sachsen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Das gesamtdeutsche Rentensystem lässt einen Teil der Arbeits- und Lebensleistung
2 vieler Menschen aus der ehemaligen DDR bis heute unberücksichtigt.
3 Um diese in der hektischen Wende-/ und Nachwendezeit entstandenen Fehler (endlich)
4 bis zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung zu korrigieren, hatte die SPD im Januar
5 2018 nachstehenden Originaltext in den Koalitionsvertragsentwurf eingebracht:
6 „Wir schaffen einen Gerechtigkeitsfonds für jene Menschen, die durch die
7 Wende- und Nachwendezeit Nachteile erlitten haben. Die Betroffenen, wie z.B.
8 Krankenschwestern, die ehemaligen Beschäftigten der Braunkohleveredlung, die in der
9 DDR geschiedenen Frauen oder die ehemaligen Reichsbahner, sollen aus diesem Fonds
10 eine abschließende Geldzahlung erhalten.
11 Durch die Zahlung aus dem Fonds würden die Betroffenen für ihre nach 1990 verlorenen
12 Anwartschaften entschädigt werden.“
13 Leider konnten wir uns als kleiner Koalitionspartner in den Finalberatungen im
14 Februar 2018 nicht durchsetzen.
15 Analog zum Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode, sieht auch der
16 Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode erneut nur einen Härtefallfonds vor,
17 obwohl bekannt ist, dass damit die anstehende Problematik nicht ansatzweise gelöst
18 werden kann.
19 Der Runde Tisch der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR hat seine
20 Forderungen am 7. Juni 2019 dem BMAS vorgelegt. In seinem Eckpunktpapier vom
21 04. September 2020 hat er öffentlich (u.a. MDR) auf die nach wie vor ungelöste
22 Problematik aufmerksam gemacht:
23 Zitat:
24 1. Wir verlangen eine politische Lösung für „ALLE“, die die Lebensleistung der
25 benachteiligten Betroffenen der Gruppen angemessen anerkennt.
26 2. Wir werden nicht darüber diskutieren, dass der
27 „Härtefallfonds/Gerechtigkeitsfonds“ mit Grundrente oder Grundsicherung verrechnet
28 wird.
29 3. Unsere Forderungen sind klar definiert:
30 Eine durchschnittliche Abfindungszahlung/Betroffene in Höhe von 20.000 Euro für die
31 Berufs- und Personengruppen, die gemäß Einigungsvertrag (EV) und Anspruchs- und
32 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) festgeschrieben wurden und deren Rentenlücken
33 heute noch immer bestehen.

34 4. Der Runde Tisch vertritt zurzeit ca. 500.000 Betroffene und ist bereit an einer
35 gerechten Umsetzung der politischen Regelung auf Basis seines Vorschlags
36 mitzuarbeiten.
37 Wir fordern, dass die SPD ihren Antrag vom Januar 2018 umsetzt.
38 Die Umsetzung und damit Befriedung der Problematik erachten auch prominente Vertreter
39 unserer Partei für überfällig. Nachstehend beispielhaft einige Statements zur
40 Erinnerung:
41 - Rudolf Dreßler sprach am 26.01.1995 im BT (15. Sitzung der 13. WP) von einem
42 diskriminierendem Rentenstrafrecht u.a. sagte er:
43 „Die Fraktion der SPD verlangt nicht mehr und nicht weniger als daß diejenigen, die
44 in Ostdeutschland Ansprüche aus einem Sonder- oder Zusatzversorgungssystem erworben
45 haben, nicht schlechter gestellt werden, als jeder Mörder oder Dieb in
46 Westdeutschland!“
47 - Ulrike Maschner (u.a. Vorsitzende d. Ausschusses A. u. S. 1994 – 1998);
48 „Eine biologische Lösung wird es mit uns nicht geben!“
49 - Frank Walter Steinmeier am 30.01.2015 in seinem Abgeordnetenbüro in Brandenburg:
50 „Es wird höchste Zeit, dass die Fehler, die in der Hektik der Nachwendezeit
51 entstanden sind, korrigiert werden!“
52 - Olaf Scholz am 1.11.2018 am „Küchentisch“ in Leipzig:
53 „Versäumnisse der hektischen Wende-/Nachwendezeit muss man korrigieren!“
54 Sehr interessiert nahm er als Finanzminister z. Kts., dass die erforderlichen
55 Finanzmittel der Reichsbahner beim Bundes-Eisenbahn-Vermögen (BEV) lagern.
56 - Olaf Scholz am 30.05.2021 auf dem digitalen Ostkonvent der SPD in Halle/S.:
57 „Natürlich kenne ich die Thematik, es gibt dazu viele gute Ideen, wir brauchen aber
58 noch ein bis 2 Jahre!“
59 - Prof. Dr. Peter Danckert am 20.09.2021 auf dem Forum Rentengerechtigkeit im Studio
60 3 in Leipzig:
61 „Gerechtigkeit ist aktuell zu erreichen, nicht erst an der Grabstelle!“
62 Mit den Zeilen 2445 u. 2446 im Koalitionsvertrag der 20. Legislaturperiode fühlen
63 sich die Betroffenen von der SPD erneut nicht vertreten und dass, obwohl in der 19.
64 Legislaturperiode von den LINKEN (z.B. DS 19/28432), Matthias Birkwald und der AfD
65 (z.B. DS 19073), Ulrike Schielke-Ziesing, kompetente sachliche Handlungsempfehlungen
66 vorgetragen wurden, die mit dem SPD-Entwurf vom Januar 2018 übereinstimmen!

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - R002: Arbeitskreis Erwerbstätigenversicherung

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hannover
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Wir fordern die Einrichtung eines parteiinternen Arbeitskreises (AK) zum Thema
- 2 Erwerbstätigenversicherung. Der AK soll erarbeiten, wie die Umwandlung der
- 3 gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung aller Interessen der
- 4 Erwerbstätigen gelingen kann. Die Arbeit soll ergebnisoffen gestaltet werden.
- 5 Das Ergebnis soll noch vor der nächsten Bundestagswahl vorliegen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - R003: Umgestaltung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - R - Rentenpolitik

- 1 Selbst Durchschnittsverdienende müssen mit einer zu geringen Rente rechnen. Ursache
2 sind nicht rechtzeitig eingeleitete Reformschritte in der Renten- und
3 Beschäftigungspolitik. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter
4 zu garantieren und einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Deshalb wollen wir
5 einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einem Neuaufbau einer solidarischen
6 Alterssicherung.
- 7 Vor diesem Hintergrund fordern wir:
- 8 I. Die gesetzliche Rente muss die tragende Säule der Alterssicherung sein.
- 9 Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der
10 Lebensstandardsicherung wieder durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit
11 die strukturelle Armut vermieden wird.
- 12 Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und
13 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt
14 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre
15 Verbreitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte
16 Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert
17 werden.
- 18 Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss überprüft werden. Für bestehende
19 Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.
- 20 2. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen
- 21 Der Umbau des Rentensystems hat durch Einbeziehung aller Selbständigen,
22 Freiberufler*innen und Beamt*innen zu erfolgen. Auch Vermögende und deren
23 Kapitalerträge müssen in einem solidarischen Rentensystem herangezogen werden.
- 24 3. Das Rentensystem solidarisch finanzieren
- 25 • Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwischen Arbeitgeber- und
 - 26 Arbeitnehmeranteil ist wieder herzustellen.
 - 27 • Den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf die Rentenversicherungspflicht bei
 - 28 Mini-Jobs ist zu streichen.
 - 29 • Die Absicherung von Arbeitslosigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung ist zu
 - 30 stärken.
 - 31 • Die Beitragsbemessungsgrenze muss überprüft werden.
 - 32 • Statt Beitragsatzsenkungen: Aufbau einer Demographie-Reserve. Die Sicherung der
 - 33 Rentenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zu gewährleisten.

34 • Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve muss ein demografiebedingter
35 Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung
36 erfolgen.

37 4. Das Niveau der gesetzlichen Rente stabilisieren und mittelfristig anheben

38 Unser Ziel ist es, das Niveau der gesetzlichen Rente schrittweise wieder anzuheben,
39 um einen angemessenen, lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu gewährleisten.

40 Als ersten Schritt ist das derzeitige Rentenniveau zu stabilisieren. In einem zweiten
41 Schritt muss eine deutliche Anhebung erfolgen.

42 Die Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wieder der Entwicklung aller Einkünfte
43 folgen.

44 5. Solidarrente mit Höherbewertung niedriger Einkommen einführen

45 Niedrige Einkommen müssen besser bewertet werden. Diese Solidarrente muss deutlich
46 höher sein als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung).

47 6. Gleitende Übergänge in die Rente statt Rente mit 70

48 Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen gefördert werden.

49 7. Weitere Verbesserungen der Rente wegen Erwerbsminderung werden angestrebt. Die
50 Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungsrente ist an das aktuelle
51 Renteneintrittsalter anzupassen.

52 8. Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewerten

53 • Für Erziehungs- und Pflegeleistung verdienen diejenigen, die diese Leistungen
54 erbringen, eine angemessene Berücksichtigung bei der Rente.

55 • Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung von Aus- und
56 Fortbildungszeiten.

57 9. Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und gerecht über Steuermittel
58 finanzieren.

59 Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden,
60 aber sozial notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren.

61 Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung,
62 Erziehungs- und Pflegeleistungen.

63 Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die Rentenbeiträge geben.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - D001: Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 I. Bei der anstehenden Novellierung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wird gefordert –
2 durch Rechts- oder Verwaltungsverordnung – die nach dem OZG zur Errichtung von
3 Verwaltungsportalen Verpflichteten mit einer jährlichen Berichtspflicht über die
4 tatsächlich in ihrem Zuständigkeitsbereich eingerichteten Portale und deren Nutzung
5 zu belegen.
- 6 Der Bericht ist gegenüber dem zuständigen Bundesministerium (der Justiz) zum Stichtag
7 31.12. jeden Jahres abzugeben.
- 8 2. Bei allen Verwaltungsstellen der Gemeinden, die zur Einrichtung von
9 Verwaltungsportalen nach dem OZG verpflichtet sind, ist in Ausführung des OZG eine
10 Digitale Ombudsstelle zu schaffen, die als „analoge Anlaufstelle“ der digitalen
11 Verwaltung zu den Öffnungs- bzw. Sprechzeiten der Gemeinden tagsüber telefonisch
12 erreichbar ist.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - D002: Ältere und Digitalisierung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, von der Bundesregierung einen
- 2 jährlichen Evaluierungsbericht zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Achten
- 3 Altersberichts zum Thema "Ältere Menschen und Digitalisierung" einzufordern und in
- 4 den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen.
- 5 Die 60plus Landesverbände werden gebeten, bei den jeweiligen Landtagsfraktionen ein
- 6 entsprechendes Vorgehen bezogen auf die Aktivitäten in den jeweiligen Bundesländern
- 7 und in den Kommunen zu erwirken.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD 60 plus Landesverbände

Antrag SPD 60 plus - D003: Flächendeckend kostenfreies WLAN für Pflegeheimbewohner

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Der Bundesvorstand SPD 60plus wird aufgefordert, gegenüber dem Parteivorstand und den
- 2 SPD-Mitgliedern der Bundesregierung darauf zu dringen, dass sie sich gegenüber den
- 3 Pflegeheimbetreibern dafür stark machen, in den Pflegeheimen bundesweit kostenfreies
- 4 WLAN für die Heimbewohner verfügbar zu machen. Der Bund hat dazu ein Förderprogramm
- 5 aufgelegt, das Einrichtungen bis zum Ende 2023 für die Einrichtung und Schulung mit
- 6 bis zu 12.000 Euro bezuschusst. Dies ist ein ausreichender Grund, sich von
- 7 Bundesebene stärker zu engagieren und das Förderprogramm dauerhaft zu verlängern.
- 8

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Mitglieder der Bundesregierung

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - D004: Weitere Schritte zu digitaler Teilhabe

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hannover
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die Bundesregierung wirkt daraufhin, dass in allen Bereichen altengerechte Software-
- 2 Ergonomie eingesetzt wird.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - D005: Ausbau digitaler Unterstützungsstrukturen für Ältere

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Nord
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Die Bundes- und Landtagsfraktionen der SPD werden aufgefordert, sich dafür
- 2 einzusetzen, dass verbindliche Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler
- 3 Unterstützungsstrukturen für ältere Menschen, besonders in Alten- und Pflegeheimen,
- 4 geschaffen werden. Für die älteren Menschen, die nicht mehr die neuen Medien bedienen
- 5 können, ist eine Unterstützung durch geeignetes Fachpersonal unabdingbar, das neben
- 6 dem Pflegepersonal tätig werden muss. Hierfür sind die entsprechenden Mittel und Zeit
- 7 zur Verfügung zu stellen. Für die Unterstützung Älterer bei der Nutzung des Internets
- 8 ist dafür ausgebildetes zusätzliches Personal bereitzustellen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - D006: Digitale Kompetenz

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - D - Digitalisierung

- 1 Im Rahmen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sollen finanzielle Mittel
- 2 eingeplant und später auch eingesetzt werden, um die ältere Bevölkerung durch
- 3 niedrigschwellige altengerechte Schulungen in den Kommunen für die Nutzung der
- 4 digitalen Techniken zu befähigen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - Re001: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Das AGG (Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz) ist im August 2006 in Kraft getreten und
- 2 durch ein Begleitgesetz vom April 2013 geändert worden.
- 3 Die Empfänger des Antrages werden aufgefordert, sich für eine erweiterte
- 4 Gleichbehandlungsrichtlinie einzusetzen und gesetzliche Initiativen zu veranlassen.
- 5 Die bestehende Charta der Grundrechte der EU und die Gleichbehandlungsrichtlinie für
- 6 den Bereich „Beschäftigung“ reichen in der existierenden Fassung nicht aus, ältere
- 7 Menschen außerhalb der Arbeitswelt in den europäischen Staaten vor Diskriminierung zu
- 8 schützen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Re002: Altersdiskriminierung im Bereich der Finanzinstrumente

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Die AG SPD 60 plus fordert die Altersdiskriminierung in den verschiedensten
- 2 Lebensbereichen entschieden zu bekämpfen. Insbesondere im Bereich der
- 3 Finanzinstrumente bestehen zurzeit deutliche Defizite, die auszugleichen sind.
- 4 Hierzu zählen:
- 5 a) Bargeldversorgung
- 6 b) Kartennutzung
- 7 c) Kreditausreichung/Darlehen
- 8 d) Beratung
- 9 e) Schufa Score
- 10 Die AG SPD 60 plus fordert die Bundesregierung auf, nach Lösungen zu suchen, Angebote
- 11 auch der Privatwirtschaft zu unterstützen und die Rahmenbedingungen, die hierzu
- 12 führen, zu beseitigen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Re003: Herstellung der Entscheidungsfreiheit des Menschen am Ende des Lebens

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Recht des Einzelnen auf
- 2 selbstbestimmtes Sterben wird unverzüglich und ohne weitere Barrieren (Warte-
- 3 /Beratungsprozeduren etc.) vom Deutschen Bundestag in bundesdeutsches Recht
- 4 umgesetzt.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - Re004: Beweisumkehr finanzieller Mittel

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 In Deutschland soll eine Beweislastumkehr finanzieller Mittel nach dem Vorbild
- 2 Italiens eingeführt werden.
- 3 Die Gesetze gegen Geldwäsche müssen entsprechend angepasst werden.
- 4 Die Herkunft von hohen Summen (siehe Italien) muss vom Geldinhaber bewiesen werden,
- 5 nicht vom Kläger*innen bzw. Staat.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - Re005: Unnötige Inhalts- und Zusatzstoffe

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - Re - Rechtspolitik

- 1 Es sollen Maßnahmen, z. B. in Form eines Gesetzes ergriffen werden, die auf eine
- 2 Abschaffung unnötiger oder ungesunder Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln
- 3 (häufig in sogenannten Fertigprodukten) hinwirkt.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E001: Abrechnungssystem Ladesäulen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- | Die Ladesäulen für E-Autos sollen auch EC- und Kreditkartentauglich sein.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E002: Landstromverpflichtung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Gewerbliche Schiffe dürfen nur noch in Häfen anlegen, wenn sie Landstrom verwenden.
- 2 Innerhalb einer festzulegenden Frist gilt diese Landstromverpflichtung auch für die privat genutzten Schiffe.
- 3
- 4 Die Verbrennungsmotoren müssen während der Liegezeit abgeschaltet werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E003: Schnell-Ladesäulen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Für E-Autos müssen zukünftig mehr öffentliche Ladesäulen und insbesondere „Schnell-
- 2 Ladesäulen“ errichtet werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E004: Windenergie effektiver nutzen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Es ist notwendig, dass Windenergieanlagen (WEA) effektiver genutzt werden, und zwar:
- 2 1. Windenergieanlagen dürfen nur noch bei Wartungsarbeiten, aus Reparaturgründen und
- 3 witterungsbedingten Gründen abgeschaltet werden.
- 4 2. Die Netzbetreiber werden verpflichtet, überschüssige Energie mit den diversen
- 5 Möglichkeiten zu speichern.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - E005: Sicherung der Energieversorgung

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - E - Energiepolitik/-wende

- 1 Wir fordern ein Konzept zur Sicherung der Energieversorgung mittels der verschiedenen
- 2 Energieträger. Zudem soll die Preisfindung neu geregelt werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - W001: Forderung nach ordnungspolitischen Maßnahmen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Bayern
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

- 1 Wir fordern, sehr schnell ordnungspolitische Regelungen zu entwickeln und am besten
- 2 EU-weit abgestimmt zu erlassen, wie dies der Bundesvorsitzende der AG SPD 60plus
- 3 Lothar Binding auch gefordert hat, damit Kriegsgewinnlern das Handwerk gelegt werden
- 4 kann.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

SPE-Fraktion

Antrag SPD 60 plus - W002: Überführung von Unternehmen der Daseinsvorsorge mit Energie und Wasser in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Gebietskörperschaften

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - W - Wirtschaftspolitik

- 1 Überführung von Unternehmen der Versorgung mit Gas, Strom, Öl, Wasser, der
- 2 Netzbetriebe und Speicher, die der Daseinsvorsorge der Bevölkerung unseres Landes
- 3 dienen, in Unternehmen mit qualifizierten Beteiligungen der Gebietskörperschaften in
- 4 der Bundesrepublik Deutschland.
- 5 Unternehmen der Privatwirtschaft können ihren Bedarf an Energie und Wasser von
- 6 privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen beziehen.
- 7 Im Krisenfall hat eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung wie bisher Vorrang.

Empfänger*in(nen):

60plus Bundesvorstand
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - V001: Um die Klimaschutzziele zu erreichen brauchen wir endlich die Verkehrswende

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Sachsen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

1 Wir brauchen die Verkehrswende – hin zu mehr Schiene und Bus anders kann der
2 Klimawandel nicht bewältigt werden.

3 **Begründung:**

4 I. Sachstand

5 Obwohl der Club of Rom bereits 1972 vor dem zu erwartenden Menschen beeinflussten
6 Klimawandel gewarnt hat, wurde in der BRD am 1.01.1994 die Bahnreform gegen den
7 Widerstand der sachkundigen Eisenbahner etc. durchgezogen.

8 Die Befürworter (CDU/CSU, Die GRÜNEN u. FDP) versprochen – Mehr Verkehr auf der
9 Schiene zu marktüblichen Preisen – resultierend aus den nunmehr Wettbewerb-
10 Unternehmer Anbieter.

11 **Fazit:**

12 Die DB und die NE-Bahnen können wegen fehlender Infrastruktur (z.T. verursacht durch
13 Rationalisierungsmaßnahmen) keine Verkehrswende, wie aktuell jetzt in den Medien fast
14 täglich gefordert, (Stichwort Bahn Bashing) realisieren. Es ist zwar in den
15 vergangenen Jahren bei der Infrastruktur ein erstes Umsteuern erkennbar. Dennoch
16 besteht z.B. bei der Schienen-Infrastruktur ein Investitionsstau von rund 60
17 Milliarden Euro. Was jedoch aktuell auf dem Tisch liegt ist ernüchternd. Für die
18 Bundesschienenwege sind es 9,6 Milliarden, 2021 waren es noch 12,3 Milliarden.

19

20 2. Die Verkehrswende

21 Der ÖPNV, der SPNV und der SGV haben eine deutlich bessere Ökobilanz als der
22 motorisierte Individualverkehr und der Straßengüterverkehr, hier ersetzt ein Güterzug
23 120 LKW-Fahrten.

24 Die grundsätzliche Voraussetzung dafür ist die schnellstmögliche Sanierung des
25 Schienennetzes, aber auch die Infrastrukturteile wie Personal, Fahrzeuge,
26 Verkehrsangebote (Stichwort: z.B. 365-Euro-Ticket) Strukturreform der Aufgabenträger
27 (z.B. Abschaffung der variantenreichen Ländertickets) etc. Jetzt ist es endlich an
28 der Zeit, diese Themen weiter voranzubringen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - V002: LKW Überholverbot

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60plus fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundestagsfraktion auf, sich für ein Überholverbot für LKW auf allen zweispurigen
- 3 Autobahnen und Bundesstraßen einzusetzen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - V004: Tempolimit jetzt

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für ein bundesweit
- 3 einheitliches Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen einzusetzen, um deutliche CO2-
- 4 Einsparungen zu ermöglichen.
- 5

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung

Antrag SPD 60 plus - V005: Gefahrlose Querung von Straßen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - V - Verkehrspolitik

- 1 Das Überqueren von Straßen, die mit Lichtzeitanlagen geregelt werden, müssen
- 2 folgende Punkte erfüllen:
- 3 1. Die Grünphasen müssen dem Zeittempo von Älteren, Gehbehinderten und Kleinkindern
- 4 angepasst, d.h. länger eingestellt werden.
- 5 2. Es sind behindertengerechte Hilfen vorzuhalten, wie z.B. ein Signal für
- 6 Sehbehinderte sowie taktile Leitsysteme.
- 7 3. Alle Übergänge müssen barrierefrei geschaffen werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag SPD 60 plus - St003: Schluss mit der Versteuerung von selbsterzeugtem Photovoltaikstrom auf den Anteil von eigengenutztem Strom

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - St - Steuerpolitik

- 1 Die Bundeskonferenz der SPD AG 60 plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die
- 2 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass
- 3 die Besteuerung des Eigenbedarfs von Strom aus Photovoltaikanlagen mit einer Leistung
- 4 bis zu 15 kWpeak abgeschafft wird.
- 5 Gleichzeitig fordern wir von der Bundestagsfraktion, dass sie sich dafür einsetzt,
- 6 dass staatliche Zuschüsse oder Fördermittel für die Erstellung von privaten
- 7 Photovoltaikanlagen und Stromspeichern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.
- 8 Die Energien, die durch Privathaushalte ins öffentliche Netz eingespeist werden,
- 9 sollen 1:1 durch eine "cloud" abgesichert werden. (1.000 kwh rein und 1.000 kwh
- 10 zurück, kostenneutral)

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - A001: Resolution zum Krieg Russlands gegen die Ukraine

Antragsteller*in:	60plus Bezirk Hessen-Süd
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - A - Außenpolitik

- 1 Die Delegierten der Bundeskonferenz SPD 60 plus verurteilen den völkerrechtswidrigen
2 Krieg Russlands gegen die Ukraine.
- 3 Oberstes Ziel aller politischen Bemühungen muss es sein, die Kriegshandlungen zu
4 beenden, die Zivilbevölkerung zu schützen und zu unterstützen, sowie die politische
5 und territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.
- 6 Im Rahmen demokratischer Strukturen und Verfahren hat jedes Volk im Rahmen des
7 Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Kompetenz, seine Angelegenheiten autonom und
8 unbeeinflusst zu gestalten. Angriffskriege gehören nicht in das Handlungsarsenal
9 zivilisierter Staaten und ihre Ablehnung und Diskreditierung bleiben wichtig und
10 richtig.
- 11 Wir unterstützen einen besonnenen Kurs der SPD-Bundestagsfraktion und des
12 Bundeskanzlers, Schaden auch in der Sanktionspolitik und den Waffenlieferungen von
13 uns abzuwenden, eine Kriegsbeteiligung unter allen Umständen zu vermeiden und
14 humanitäre Hilfe zu leisten.
- 15 Anstrengungen zur Deeskalation und Friedensförderung sollten allerdings verstärkt,
16 Waffen- und Kriegsrhetorik zurückgewiesen werden. Arbeiten und Vorschläge für
17 europäische Lösungen zu Friedenssicherung und Abrüstung verdienen mehr Anstrengungen
18 und Lautstärke. Ein Mehr an Rüstung und eine größere NATO schaffen noch keine
19 Friedensperspektive.
- 20 Die Außen- und Friedenspolitik der SPD in den zurückliegenden Jahrzehnten muss sich
21 nicht verstecken. Sie hat dem Kontinent die längste historische Phase in der jüngeren
22 Geschichte beschert. Auch der Vorwurf des Zauderns in der Frage von Waffenexporten
23 und -lieferungen ist offensiver zurückzuweisen. Besser Nachdenken und besonnen
24 Handeln als durch unbedachten Aktionismus in kriegerische Aktionen hinein zu
25 stolpern. Soweit wir die Stimmungen in der Bevölkerung wahrnehmen, wird dieser Kurs
26 auch mehrheitlich in der Bevölkerung getragen.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Parteivorstand

Antrag SPD 60 plus - UB001: Innenstädte für Folgen des Klimawandels umbauen

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Brandenburg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - UB - Umweltpolitik/Baupolitik

1 Der Bundesvorstand SPD 60plus wird aufgefordert, gegenüber dem Parteivorstand und den
2 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion darauf zu dringen, dass die Anpassung der
3 Innenstädte an die Folgen des Klimawandels größere Priorität erhält. Da Länder und
4 Kommunen die dafür erforderlichen Maßnahmen nicht allein werden stemmen können und
5 eine große Dringlichkeit gegeben ist, sollte es entsprechende Förderprogramme des
6 Bundes für den Stadtumbau unter Klimagesichtspunkten geben.

7 Dafür gibt es beispielsweise folgende erfolgreiche Modelle, deren großflächige
8 Umsetzung lohnen kann:

9 1. Schwammstadt

10 Die Kanalisation in den Metropolen ist bei Starkregen in der Regel überfordert.
11 Regenwasser sollte möglichst dort, wo es fällt versickern und verdunsten. Dafür
12 bieten sich unter anderem Gründächer, künstliche Teiche, Versickerungsmulden, sowie
13 die Begrünung der Hausfassaden an. Aufgefangenes Regenwasser kann für die
14 Toilettenspülung eingesetzt werden. Wie viele Dächer überhaupt statisch für
15 Dachbegrünung geeignet sind, wird bisher nicht erhoben. Egal ob auf Dächern oder am
16 Boden, durch kühlende Verdunstung erhöht sich die Lebensqualität in der Stadt.
17 In einem ersten Schritt sollte in Abstimmung mit den Bundesländern die Erhebung der
18 für diese Maßnahmen geeigneten Flächen erfolgen.

19 2. Fernkälte

20 Fernkälte ist so etwas wie Fernwärme, nur umgekehrt. Statt heißem Wasser fließt
21 kaltes Wasser durch die Rohre. Die Kälte wird an zentralen Orten energieeffizient
22 erzeugt. Damit lassen sich die energiefressenden dezentralen Klimaanlage vermeiden.
23 Ein direkter Beitrag zur Klimaverbesserung in der Stadt.
24 Auch hier wäre sinnvoll, in einem ersten Schritt die dafür geeigneten Netze zu
25 erfassen.

26 3. Bauordnungen

27 Die Bauordnungen sind entsprechend zu ändern und zu harmonisieren.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - S001: Konzentration der Bundesministerien

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Nordrhein-Westfalen, 60plus Landesverband Sachsen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - S - Sonstige

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus setzt sich dafür ein, dass die Bundesministerien,
- 2 deren Sitze sich zurzeit noch in Berlin und Bonn befinden, in Berlin konzentriert
- 3 werden. Es wird Zeit, dass 32 Jahre nach der Wiedervereinigung und 22 Jahre nach dem
- 4 Umzug des Bundestages nach Berlin das Zugeständnis an die ehemalige Bundeshauptstadt
- 5 Bonn überprüft bzw. aufgegeben wird.

Empfänger*in(nen):

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - S002: Flächendeckendes 5G Netz

Antragsteller*in:	60plus Landesverband Schleswig-Holstein
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - S - Sonstige

- 1 In der Bundesrepublik Deutschland soll ein flächendeckendes 5G-Netz gebaut werden.
- 2 Es darf keine Gebiete mehr geben in denen Mobilfunkempfang bzw. Datenempfang für
- 3 mobile Daten nicht besteht. Jeder muss mindestens über den 4G-Standard überall in der
- 4 Bundesrepublik Deutschland erreichbar sein.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - S 004: Verbot der Leistungseinstellung und Kündigung von Versorgungsverträgen durch Energieversorger

Antragsteller*in:	60plus Köln
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - I - Initiativanträge

- 1 Die AG 60 plus in der SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf , sich für ein
- 2 sofortiges, zeitlich begrenztes Verbot der Leistungseinstellung und Kündigung von
- 3 Versorgungsverträgen durch Energieversorger ohne vorheriges Mediationsverfahren bei
- 4 Zahlungsverzug von Energiebezieherinnen und Energiebeziehern einzusetzen. Das
- 5 Kündigungsverbot soll sofort in Kraft treten und zunächst für die Jahre 2022 bis 2024
- 6 gelten. Entsprechend nachgewiesene Verluste sollen betroffenen Versorgern auf
- 7 Nachweis direkt aus Steuermitteln erstattet werden.

Empfänger*in(nen):

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag SPD 60 plus - S 005: Realisierung Wahlrechtsreform

Antragsteller*in:	60plus Rheinland-Pfalz
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	SPD 60 plus - I - Initiativanträge

- 1 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die
- 2 ausstehende Wahlrechtsreform in der laufenden Legislaturperiode zu realisieren und
- 3 insbesondere die Mandate auf die grundsätzliche Regelung zu begrenzen